



Ministerium der Justiz Rheinland-Pfalz | Postfach 32 60 | 55022 Mainz

Rheinessen gegen Rechts e.V.
Herrn Vorsitzenden
Roland Schäfer
Goethestraße 2
55218 Ingelheim

Ernst-Ludwig-Straße 3
55116 Mainz
Zentrale Kommunikation:
Telefon 06131 16-0
Telefax 06131 16-4887
Poststelle@jm.rlp.de
www.jm.rlp.de

19. November 2019

Mein Aktenzeichen
1402E19-0303
Bitte immer angeben!

Ihr Schreiben vom

Ansprechpartner/-in / E-Mail
Angelika Wingenfeld

Telefon / Fax
06131 16-4803
06131 16-4844

**Entwurf eines Gesetzes zur Änderung des Strafgesetzbuches -
Verbesserung des strafrechtlichen Schutzes von im politischen Leben des
Volkes stehenden Personen;
hier: Ihr Schreiben vom 18.10.2019 an Herrn Minister Lewentz**

Sehr geehrter Herr Vorsitzender,

vielen Dank für Ihr Schreiben vom 18. Oktober 2019, das an das Ministerium der Justiz weitergeleitet wurde, da dem Justizressort innerhalb der Landesregierung die Federführung für das von Ihnen angesprochene Gesetzesvorhaben zukommt.

Ich freue mich sehr, dass der Gesetzesantrag des Landes Rheinland-Pfalz breite Beachtung und Unterstützung sowohl auf politischer Ebene wie auch in der Zivilgesellschaft findet. Dies zeigt, dass wir zu Recht einen gesetzgeberischen Handlungsbedarf bejaht haben.

1/2

Kernarbeitszeiten

09:30 - 12:00 Uhr
14:00 - 15:00 Uhr
Freitag: 09:30 - 12:00 Uhr

Verkehrsanbindung

Bus ab Mainz-Hauptbahnhof
Linie 6 bis Haltestelle Bauhofstraße

Parkmöglichkeiten

Schlossplatz, Rheinufer
für behinderte Menschen:
Diether-von-Isenburg-Straße



Für ein freiheitliches, demokratisches Staatswesen ist die politische Mitarbeit seiner Bürgerinnen und Bürger ganz entscheidend. Wenn niemand oder nur noch Wenige aus Furcht vor Anfeindungen bereit sind, sich aktiv am politischen Leben zu beteiligen, findet irgendwann gelebte Demokratie nicht mehr statt.

Um diese Bereitschaft zu fördern, bedarf es eines effektiven strafrechtlichen Schutzes gegen beleidigende und bedrohende Äußerungen über das Internet und in sozialen Netzwerken, und zwar auch für auf kommunaler Ebene tätige Politikerinnen und Politiker.

Der Gesetzesantrag wird Gegenstand der kommenden Sitzung des Bundesrates am 29. November 2019 sein. Es wäre ein wichtiges politisches Signal, wenn sich der Bundesrat für die Einbringung des Gesetzentwurfs beim Deutschen Bundestag aussprechen würde.

Mit freundlichen Grüßen

Herbert Mertin